



Frankreich – Info

Herausgeber : Französische Botschaft
- Presse- und Informationsabteilung -
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
E-Mail: info@botschaft-frankreich.de
Internet: www.botschaft-frankreich.de

Rede von Botschafter Bernard de Montferrand im Club des affaires de Hesse „Perspektiven der französischen EU-Ratspräsidentschaft“

Frankfurt, den 15. September 2008

(Es gilt das gesprochene Wort)

- Monsieur le Président du Club des affaires,
- Sehr geehrter Herr Minister,
- Cher M. le Président,
- Sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende des Landtags,
- Monsieur le Consul général de France,
- Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Konsularischen Korps,
- Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
- Meine sehr geehrten Damen und Herren,
- Mesdames, Messieurs, chers compatriotes de Francfort, de Hesse et de Rhénanie-Palatinat,

ich freue mich sehr, heute hier bei Ihnen in Frankfurt zu sein. Zunächst einmal herzlichen Dank für diese Einladung! Ich beglückwünsche den Club des affaires de la Hesse und natürlich an erster Stelle seinen Vorsitzenden, Herrn Koefoed, für diese Initiative. Denn so sind heute deutsch-französische Wirtschaftsvertreter Frankfurts und ganz Hessens hier versammelt. Ich kann Sie nur dazu ermutigen, den Austausch zwischen unseren beiden Ländern in der Banken- und Finanzhauptstadt Deutschlands weiterhin so dynamisch fortzusetzen.

Als Einstieg in unsere Diskussionsrunde würde ich gerne drei Themen ansprechen, die mir besonders wichtig sind:

1. Zunächst will ich einige Worte über mein Land, über Frankreich sagen – was Sie vom französischen Botschafter sicherlich nicht überrascht. Ich will über das Frankreich sprechen, das die meisten zu kennen glauben, das sich jedoch fortwährend entwickelt, reformiert und modernisiert; ein Frankreich, das unablässig in Bewegung ist.

Den Vorsitz der Europäischen Union inne zu haben, ist eine große Ehre; zugleich und vor allem sind damit aber auch Pflichten verbunden. Die wichtigste Pflicht ist es, unseren Partnern und unseren Zielsetzungen für Europa gerecht zu werden.

2. Danach will ich genauer auf unsere EU-Präsidentschaft eingehen – nach zweieinhalb Monaten Ratspräsidentschaft, die durch die Sommerpause noch unterbrochen waren und stark von der georgischen Krise geprägt sind, die die französische Regierung seit Anfang August auf Trab hält. Für eine Bilanz ist es sicherlich noch zu früh. Eine erste Bestandsaufnahme zur Halbzeit darf ich dennoch wagen. Sie werden sehen, dass wir viel getan haben.

www.botschaft-frankreich.de

3. Und natürlich werde ich nicht wieder gehen, ohne erneut bekräftigt zu haben, welche wichtige Rolle die deutsch-französischen Beziehungen in Europa spielen. Denn ohne genaues Zuhören, ohne gegenseitige Aufmerksamkeit, ohne fortwährendes Verständnis füreinander wäre nichts möglich in Europa. Unsere Ratspräsidentschaft zeigt dies wieder einmal.

I- Zu Beginn also einige Worte über die Lage in meinem Land, in diesem „Frankreich in Bewegung“

Innerhalb eines Jahres hat sich Frankreich tiefgreifend verändert. Seit seinem Amtsantritt hat Staatspräsident Sarkozy klare und ehrgeizige Ziele festgelegt:

- Zum einen das Ziel, Frankreich wieder an die Spitze des europäischen Wachstums zu bringen;
- zum anderen das Ziel, zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt zu kommen.

Die Strategie zur Erreichung dieser Ziele ist ganz einfach und lässt sich in drei Punkte zusammenfassen:

- mehr arbeiten,
- mehr investieren,
- weniger ausgeben.

Befördert durch die derzeitige Krise werden in Frankreich wie auch in allen anderen Ländern zahlreiche Stimmen laut, die einen Strategiewechsel fordern. Viele werfen der Regierung vor, den Aufschwung mit realitätsfernen und kostspieligen Maßnahmen fördern zu wollen, anstatt die Dinge anzupacken und in den Griff zu bekommen.

Doch wie Sie gesehen haben, ist die Antwort der französischen Regierung ganz eindeutig: Priorität hat die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft. Die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten stellen die Strategie der französischen Regierung also nicht in Frage. Ganz im Gegenteil: Was wir heute durchführen, ist eine echte Strukturreform unserer Wirtschaft; ist die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs. Was wäre wichtiger angesichts der schlechten internationalen Wirtschaftslage?

Diese Beharrlichkeit verdanken wir unseren Mitbürgern, unseren Unternehmen und Europa. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit für Frankreich innerhalb der Europäischen Union. Es ist aber auch die Voraussetzung dafür, dass wir die anderen überzeugen und mitziehen können. Der politische Wille, den Präsident Sarkozy in Europa verkörpert, muss auf soliden Grundlagen ruhen, nämlich auf Reform und Beispielhaftigkeit.

Nun werden Sie mich fragen, was konkret aus den Zielen geworden ist, die wir uns gesteckt haben.

1. Mehr arbeiten – so lautete die Wahlkampf-Parole des Kandidaten Sarkozy. Und genau das machen inzwischen 6 Millionen Arbeitnehmer in 560.000 Unternehmen dank der abgabefreien Überstunden. Damit haben wir uns endgültig von der Vorstellung verabschiedet, dass Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsteilung die Probleme der französischen Wirtschaft lösen können. Wir haben also den Umbruch vollzogen und dafür gesorgt, dass Leistung, Einsatz und Selbsterfüllung sich wieder lohnen.

Mehr arbeiten, um mehr zu erreichen – das haben wir ermöglicht, indem wir ein „französisches“ Flexicurity-Modell entwickelt haben. Wir haben ein Tabu gebrochen, indem wir die Arbeitslosenversicherung (ASSEDIC) und die Arbeitslosenvermittlung (ANPE) zusammengelegt haben und somit einen einzigen Dienstleister zur Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung geschaffen haben. Des Weiteren haben wir im Parlament einen Entwurf zum Beschluss gebracht, der vorsieht, dass ein Arbeitsloser, der mehr als zwei zumutbare Stellenangebote ablehnt, mit einer Kürzung der Arbeitslosenhilfe rechnen muss. Wir haben das Sonderrentensystem reformiert und somit einen großen Schritt in Richtung einer allgemeinen Harmonisierung der Rentensysteme gemacht. Und nun werden wir die Reform des beruflichen Ausbildungssystems anpacken. Wir sind gerade dabei, die Sozialhilfe

umzustellen. Hierfür wird das *Revenu de solidarité active* geschaffen, also ein Kombi-Lohn, um diejenigen zu fördern, die arbeiten.

➤ Um zu diesen Ergebnissen zu gelangen, haben wir einen Ansatz verfolgt, der in Deutschland selbstverständlich ist, an den wir jedoch überhaupt nicht gewöhnt waren: nämlich den des sozialen Dialogs.

○ Wir haben den Sozialpartnern – und darauf möchte ich ganz besonders hinweisen – wir haben den Sozialpartnern am 11. Januar 2008 eine historische Einigung auf einen einheitlichen Arbeitsvertrages abgerungen. Warum historisch? Weil die Sozialpartner sich zum ersten Mal seit den 60er Jahren mehrheitlich auf eine Reform des Arbeitsvertrags geeinigt haben – eine Reform, die vor allem eine grundlegende Neuausrichtung des Arbeitsvertrags begünstigt.

○ Am 9. April haben wir den Sozialpartnern eine Verpflichtung zu einer Reform der gewerkschaftlichen Vertretung abgerungen; diese Reform wurde inzwischen in das Gesetz aufgenommen.

Man kann also jetzt in Frankreich innerhalb eines Unternehmens mit den gewerkschaftlichen Organisationen frei und ohne Zwang über Höhe, Umsetzung und Art der Vergütung von Überstunden verhandeln! Zwar beträgt die gesetzliche Arbeitszeit nach wie vor 35 Stunden, doch sind jetzt alle Formen der Angleichung möglich.

Diese Strukturreformen bezeichnen die Rückkehr Frankreichs auf den Weg der Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kommt eine für Frankreich sehr wichtige Neuerung, nämlich, dass diese Reformen in einem entspannten Sozialklima erfolgen.

➤ 2. Investieren – so lautet das zweite Leitmotiv unseres Vorgehens, das auf die Zukunft ausgerichtet ist. Zur Stärkung der Innovation haben wir den französischen Universitäten mehr Autonomie eingeräumt. Sie arbeiten nun wieder aktiv mit den Unternehmen zusammen und stehen in einem dynamischen Wettbewerb zu den ausländischen Universitäten. Ein Jahr nach Verkündung des Gesetzes haben alle unsere Universitäten einen neuen Verwaltungsrat eingesetzt, und ab 1. Januar 2009 werden 20 Universitäten de facto autonom sein. Die restlichen Universitäten sollen bis 2012 in die Autonomie geführt werden.

Wir haben ein äußerst ambitioniertes Programm zur Modernisierung zehn großer Forschungsstandorte von internationalem Rang auf den Weg gebracht, in die wir mit der Zeit fünf Milliarden Euro investieren. Ich will Sie darauf aufmerksam machen, dass diese Standorte von einem unabhängigen Ausschuss auf der Grundlage der eingereichten Projekte ausgewählt wurden. So stehen die Universitäten – nach ziemlich langer Zeit in der Geschichte der französischen Hochschulen - wieder im Wettbewerb, und sie erhalten Mittel entsprechend ihrer Qualität und nicht nach dem traditionellen Egalitätsprinzip. Damit aus unserem Land ein Exzellenzstandort wird, haben wir über fünf Jahre eine außerordentliche Aufstockung des Hochschul- und Forschungsbudgets von 50 % vorgesehen. Und um den französischen Unternehmen Anreize für Investitionen zu bieten, haben wir die Steuererleichterungen bei Forschungsausgaben verdreifacht.

In Sachen Investitionsanreize für die Forschung stehen wir heute an der Spitze der OECD-Länder. Zur Ankurbelung der Industrie, aber auch des Dienstleistungssektors, haben wir im Juli das Gesetz über die Modernisierung der Wirtschaft verabschiedet. Dadurch werden die kleinen und mittleren Unternehmen von zahlreichen Hindernissen befreit; den innovativsten KMU werden Sonderbedingungen einräumt; die Übernahme oder die Übertragung der KMU wird begünstigt und der Wettbewerb gefördert.

➤ 3- Weniger ausgeben, das ist der dritte Pfeiler unserer Strategie, den wir mit derselben Entschlossenheit und mit demselben Pragmatismus umsetzen:

○ Die Regelung, nur jeden zweiten Beamten zu ersetzen, wird umgesetzt;

○ Unsere Politik zur Förderung von Unternehmen sowie unsere Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik werden grundlegend überdacht. Nutzlose Verfahren und überflüssige Strukturen werden in allen Bereichen abgeschafft. Wir konzentrieren den Staat wieder auf seine wichtigsten Aufgaben.

○ Auch im französischen Außenministerium selbst wird es Veränderungen geben. Die Weißbuch-Kommission unter der Leitung von Alain Juppé und Louis Schweizer hat einen Bericht vorgelegt, der Anstöße für eine tiefgreifende Reform unserer Außenpolitik gibt.

Mit all diesen Reformen erfährt die französische Gesellschaft heute eine umfassende Neugestaltung. Diese Reform erfolgt

- im Dienste Europas, denn was Europa ausmacht, ist vor allem die Stärke und die Glaubwürdigkeit seiner Mitgliedstaaten;
- im Dienste unserer Glaubwürdigkeit in Europa. Das ist die Voraussetzung, um unsere Partner zu überzeugen und auf den ambitionierten Weg mitnehmen zu können, den wir auf europäischer Ebene gehen wollen.

II- Mit seiner neu gewonnenen Dynamik will Frankreich den politischen Willen in den Mittelpunkt Europas stellen

«Die Politik wieder in den Mittelpunkt Europas stellen», so lautet die zentrale Botschaft von Staatspräsident Sarkozy. Diese Botschaft findet unter unserem EU-Vorsitz in konkreten Prioritäten Ausdruck. Wir haben ein klares Ziel, nämlich unseren Mitbürgern zu zeigen, dass Europa vorankommt, dass es sich in Bereichen engagiert, die für ihre Zukunft von entscheidender Bedeutung sind.

Auf dieser Grundlage sind unsere vier Prioritäten entstanden:

- **Erste Priorität: Das Thema Migration**, weil die EU in diesem Bereich nicht ohne eine abgestimmte Strategie vorgehen kann. Isolierte Initiativen reichen nicht aus. Sie müssen in einen kohärenten und für die europäischen Bürger verständlichen gemeinsamen Ansatz integriert werden. Das ist das Prinzip des Pakts über Einwanderung und Asyl, der in Abstimmung mit allen unseren Partnern ausgearbeitet wurde und den wir beim Europäischen Rat im Oktober verabschieden wollen.

- **Zweite Priorität: Klima und Energie** : Der französischen Ratspräsidentschaft geht es hier

- auf der einen Seite um die Glaubwürdigkeit Europas bei den internationalen Klima-Verhandlungen: Um auf internationaler Ebene treibende Kraft zu sein, muss die EU konkret festlegen, wie sie die unter deutschem EU-Vorsitz gesteckten Ziele in Sachen CO₂-Reduktion und Energieeffizienz-Steigerung erfüllen will;

- und auf der anderen Seite um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen : Wir müssen sie schon heute dazu bewegen, Zugpferd der Wirtschaft von Morgen zu werden - einer Wirtschaft, die sauberer und nachhaltiger ist.

- **Dritte Priorität: Das Europa der Sicherheit und der Verteidigung**. Alle Meinungsumfragen zeigen es : Unsere europäischen Mitbürger wollen mehr Europa, wenn es um ihre Sicherheit geht. Sie wollen ein Europa, das aktiver ist auf internationaler Ebene. Hierfür müssen wir unsere Mittel an unsere Ziele anpassen. Seit 10 Jahren kommt Europa seinen Verpflichtungen nach und entsendet Missionen in die Krisengebiete; es hat jedoch weder seine institutionellen Mittel, noch seine Kapazitäten an diese neue Situation angepasst. Wir müssen das Schritt für Schritt fortsetzen.

- **Vierte Priorität: Die Gemeinsame Agrarpolitik**. In diesem Bereich müssen wir die Reform von 2003 vervollständigen, und zwar indem wir den „GAP-Gesundheitscheck“ abschließen, der die notwendigen Schlussfolgerungen liefern soll. Aber Frankreich geht noch weiter. Es will eine Debatte ohne Tabus über die Zukunft der GAP anstoßen. Der finanzielle Druck ist derzeit nicht ganz so dringlich. Das sollten wir nutzen und eine wirklich tiefgreifende Debatte über die Ziele der GAP führen.

In all diesen Bereichen sind wir schon vorangekommen:

- Der Pakt über Einwanderung und Asyl ist beim Treffen der Innenminister im Juli sehr positiv aufgenommen worden;

- Bei den informellen Treffen der Räte Energie und Umwelt im Juli konnten die großen Linien eines Kompromisses über das Klima-Energie-Paket gezeichnet werden. Es bleibt noch viel zu tun, aber alle setzen sich dafür ein, damit wir schnell vorankommen.

- In Sachen Sicherheit und Verteidigung haben wir Anfang September beim Gymnich-Treffen erste Fortschritte erzielt. Denn wir haben zum ersten Mal über die Neuausrichtung der europäischen Sicherheitsstrategie gesprochen, die den gemeinsamen Rahmen für das internationale Vorgehen der Europäischen Union bildet. Das ist von entscheidender Bedeutung für unsere Analyse- und Reaktionsfähigkeit.
- In Bezug auf die GAP bietet das informelle Treffen der Agrarminister Ende des Monats in Annecy Gelegenheit für eine erste tiefgreifende Debatte über die Zukunft der GAP.

Eine Präsidentschaft wird über die Umsetzung ihrer Prioritäten hinaus nicht selten auch danach beurteilt, wie sie das Unvorhergesehene meistert.

- Für uns hat dieses Unvorhergesehene unsere Projekte gekreuzt, noch bevor wir überhaupt das europäische Ruder übernommen haben.

In Bezug auf die Verlangsamung der Weltwirtschaft, deren erste Vorzeichen vor Beginn unserer Präsidentschaft zu erkennen waren, schlagen wir folgendes Vorgehen vor:

- Erstens müssen wir eine tiefgreifende Debatte über die Gründe und über mögliche Antworten auf diese Konjunkturverlangsamung anstoßen. Wir müssen der Öffentlichkeit zeigen, dass wir uns mit dieser Situation auseinandersetzen und dass Europa seinen Verpflichtungen nachkommt.
- Zweitens müssen wir dafür sorgen, dass es nicht mehr zu einer Finanzkrise kommen kann. Europa muss sich mit verstärkten Kontrollinstrumenten ausstatten, damit künftig Krisen vermieden werden und unsere Märkte der Finanzinstabilität besser standhalten können. Dazu brauchen wir eine besser koordinierte Kontrolle des Finanzsektors in Europa, und die französische Ratspräsidentschaft wird alles daran setzen, damit eine solche Kontrolle möglichst bald eingeführt werden kann. Ohne ein stabiles, transparentes und allgemein gültiges System, ohne klare Regeln für die Finanzakteure kann das Vertrauen nicht wiederhergestellt werden.
- Drittens müssen wir die strukturellen Reformen fortsetzen, um unsere potenziellen Wachstumsraten zu erhöhen.
- Viertens müssen wir dafür sorgen, dass das Vorgehen jedes einzelnen Mitgliedstaates, das an die nationalen Schwierigkeiten angepasst ist, im Rahmen eines abgestimmten und kohärenten europäischen Ansatzes erfolgt.

Diese verschiedenen Punkte wurden beim ECOFIN-Rat am letzten Freitag und Samstag in Nizza behandelt.

Ursprünglich sollte eine unserer Hauptaufgaben die Umsetzung des Lissabon-Vertrags in Anknüpfung an die Arbeiten des slowenischen EU-Vorsitzes sein; infolge des irischen Nein mussten wir diese Vorbereitungen dann jedoch unverzüglich und vollständig abbrechen. Seither haben wir nichts unversucht gelassen:

Staatspräsident Sarkozy war am 21. Juli in Dublin um den Iren zuzuhören. Er hat mit dem irischen Premierminister und auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft gesprochen: politische Parteien, Jugendverbände, Gewerkschaften, Arbeitgeber haben dem Präsidenten ihre Schlüsse und Erwartungen aus dem Referendum vom 12. Juni dargelegt und mit ihm darüber gesprochen.

Wir sind heute in einer Phase des Zuhörens und der Vorbereitung. Wir haben Zeit, aber nicht viel mehr. Beim Europäischen Rat im Oktober wird man versuchen, eine Lösung zu finden, um den Lissabon-Vertrag, der bereits von 24 Staaten ratifiziert wurde, behalten zu können. Es ist noch zu früh, über bestimmte Wege zu sprechen. Wir müssen zuerst unsere Kontakte zu unseren irischen Freunden noch ausweiten, um sie zu verstehen und dann auf ihre Erwartungen eingehen zu können. Präsident Sarkozy hat vor dem Europäischen Parlament ganz klar gesagt: „Unsere Familie besteht aus 27 Staaten, wir dürfen niemanden zurücklassen“.

- Zu dem Unvorhergesehenen gehören auch internationale Imperative und regionale Krisen. Für die finnische Ratspräsidentschaft war es der Krieg in Libanon, für uns ist es der Kaukasus. Seit Ausbruch der Krise hatte Frankreich bei seinem Vorgehen zwei Ziele im Blick:

-

- Zum einen sollte die EU ihre Rolle als Friedensmacht spielen, die in der Lage ist, auf die Beteiligten Einfluss zu nehmen, damit nicht ein mörderisches, ungewisses Räderwerk seinen Lauf nimmt;

- zum anderen sollte die Einheit und der Zusammenhalt der Europäischen Union bewahrt werden, die wegen der verschiedenen Sensibilitäten und Auffassungen aufgrund der historischen und geografischen Unterschiede in einer heiklen Lage war. Dies wurde erreicht durch genaues Zuhören und durch den regelmäßigen Austausch der Partner (Außenministertreffen am 13. August, außerordentlicher Europäischer Rat am 1. September).

-

- In Georgien hat sich die Ratspräsidentschaft umfassend dafür eingesetzt, dass eine Nothilfe auf den Weg gebracht und schnellstmöglich die Einstellung der Feindseligkeiten erreicht wird. Der Präsident und der Außenminister waren Mitte August in Moskau, um Russland davon zu überzeugen, dass es an der Zeit ist, die Waffen schweigen zu lassen, und die Georgier, dass sie bei einer Fortsetzung des Krieges noch mehr zu verlieren hätten. Die langen und schwierigen Gespräche haben schließlich dazu geführt, dass den beiden Parteien ein Sechs-Punkte-Plan zur Beendigung der Krise abgerungen werden konnte. Dieser Plan regelt nicht alles. Aber er hat die Einigung der betroffenen Parteien auf einen Waffenstillstand besiegelt und sieht den Abzug der russischen Truppen vor. Es ist also sehr wohl der sehr schnellen Reaktion der Europäischen Union geschuldet, dass die Gefechte beendet wurden. Das haben alle Parteien anerkannt.

- Die französische Ratspräsidentschaft setzt sich nun umfassend für die vollständige Umsetzung des Sechs-Punkte-Plans ein, den sie den beiden Parteien abgerungen hatte. Der außerordentliche EU-Rat, der am 1. September zusammengetreten ist, hat gezeigt, dass die Europäische Union mit einer Stimme sprechen kann:

- Die EU hat Russland klare Botschaften übermittelt (Sie wird nicht von ihren Prinzipien abweichen, bleibt aber weiterhin offen für einen konstruktiven Dialog); die EU hat sich verpflichtet, die Stabilisierung und den Wiederaufbau Georgiens zu unterstützen und – wie von Bundeskanzlerin Merkel vorgeschlagen – eine internationale Konferenz für den Wiederaufbau Georgiens zu organisieren.

- Der Besuch von Präsident Sarkozy zusammen mit Manuel Barroso und Javier Solana in Moskau und Tiflis am Montag der vergangenen Woche war ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Umsetzung des Sechs-Punkte-Plans. Die Einigung, die bei dieser Gelegenheit erzielt wurde, sieht eine EU-Mission im Rahmen der ESVP vor. Diese Mission soll das Vorgehen der Parteien beobachten und prüfen, ob die Bestimmungen des Sechs-Punkte-Plans eingehalten werden.

- In unseren Augen ist im Zusammenhang mit dieser Krise folgendes festzuhalten:

- Erstens: *Die Europäische Union war gegenwärtig.* Sie hat sich in dieser ersten Phase der Krisenbeilegung entschlossen gezeigt. Europa hat lieber gehandelt und verhandelt als nur zu reden und somit wieder ein positives Kräfteverhältnis zu Russland hergestellt und sich dort Gehör verschafft.

- Zweitens: *Europa braucht den Lissabon-Vertrag.* Wäre der Lissabon-Vertrag bereits in Kraft, dann wäre die Europäische Union mit den Institutionen ausgestattet, die nötig sind, um einer internationalen Krise begegnen zu können: ein ständiger Präsident des Europäischen Rates, der in enger Abstimmung mit den Staats- und Regierungschefs der EU vorgeht; ein hoher Vertreter, dem ein wirklicher europäischer diplomatischer Dienst und beträchtliche finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um die getroffenen Entscheidungen in Verbindung mit den Mitgliedstaaten umsetzen zu können.

III- Die deutsch-französischen Beziehungen im Dienste Europas

Mein Vortrag wäre nicht vollständig, wenn ich nicht noch einige Worte über eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen unserer Ratspräsidentschaft sagen würde: nämlich die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Damit wir unsere Ziele umsetzen und das Unvorhergesehene meistern können, müssen wir deutsch-französisch denken und handeln. Davon ist die französische Regierung fest überzeugt. Der beste Beweis für diese Überzeugung war die Vorbereitung der französischen Ratspräsidentschaft, die auf der Grundlage einer beispiellosen deutsch-französischen Zusammenarbeit erfolgte:

- Seit Anfang des Jahres gab es über 30 Besuche französischer Minister in Deutschland (ganz zu schweigen von den zahlreichen Besuchen hoher Beamter).
- Die Einigung beim Pakt über Einwanderung und Asyl ist in großen Teilen der engen Abstimmung zwischen den Ministern Hortefeux und Schäuble bzw. ihren Mitarbeitern in den vergangenen Monaten geschuldet.
- In der heiklen Frage der Union für das Mittelmeer wurden die anfänglichen Missverständnisse schnell ausgeräumt, und stattdessen haben Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy ein gemeinsames deutsch-französisches Projekt entwickelt, das beim Gipfeltreffen vom 13. Juli in Paris aus der Taufe gehoben wurde. 43 Staats- und Regierungschefs der EU und aus dem ganzen Mittelmeerraum waren zu diesem Treffen zusammengekommen. Ein konkretes Projekt, bei dem die deutschen Unternehmen sofort ihren Platz gefunden haben, verbindet uns nun im Rahmen der Union für das Mittelmeer: nämlich der Plan zur Förderung von Solarenergie, dessen Umsetzung inzwischen bereits begonnen hat.
- Die Entscheidungen der Europäischen Union in Sachen Finanzregulierung sind nicht zuletzt auf der Grundlage des gemeinsamen Briefes von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy vom 10. September 2007 gefallen. So hat sich die EU verpflichtet, die Transparenz auf den Finanzmärkten zu verbessern, die Kontrolle der Rating-Agenturen, die eine wichtige Rolle für die Stabilität des Systems spielen, durch die Meldepflicht in Europa zu verstärken und für eine bessere Risikokontrolle bei den Finanzakteuren zu sorgen.
- Und in vielen Fragen schließlich setzt Frankreich die Arbeiten Deutschlands fort:
 - Im Bereich Klima und Energie müssen wir – wie ich bereits erwähnte – die unter deutschem EU-Vorsitz festgelegten Ziele heute in konkrete Maßnahmen umwandeln;
 - Auch in Bezug auf Georgien haben unsere deutschen Partner eine Vorreiter-Rolle gespielt:
 - Denn schon Anfang Sommer war Außenminister Steinmeier nach Georgien und Moskau gereist, um einen Friedensplan für Abchasien vorzuschlagen.
 - Und nach der Krise hat Angela Merkel als Erste vorgeschlagen, eine Konferenz zum Wiederaufbau Georgiens einzuberufen. Dieser Vorschlag wurde dann beim außerordentlichen EU-Rat am 1. September von den 27 Staats- und Regierungschefs beschlossen.

Ich will nun zum Ende kommen. Wie Sie sehen, mangelt es nicht an Handlungsbedarf. Der Europäische Rat im Oktober, bei dem es um heikle Themen wie die Wirtschaftslage oder den Lissabon-Vertrag gehen wird, verdeutlicht dies aufs Neue. In Frankreich wie in Europa verfolgen wir dieselbe Strategie: die Herausforderungen vorbehaltlos analysieren, Antworten auf die Probleme liefern, die Zukunft vorbereiten - und zwar zielgerichtet und pragmatisch. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger in Europa mitmachen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.